



MdB Strebl: Arbeitsplatz ist der Schlüssel zur Integration

Instrumente der beruflichen Bildung werden weiter gestärkt

Berlin / Dingolfing. Gegen den weiteren Ausbau der öffentlich geförderten Beschäftigung hat sich MdB Matthäus Strebl ausgesprochen. Im Plenum des Deutschen Bundestags wandte er sich gegen den Irrglauben, dass diese Form der Beschäftigung ein Allheilmittel gegen Langzeitarbeitslosigkeit sein könnte. Vielmehr – so der Sozialexperte – bestehe die Gefahr, dass Langzeitarbeitslose dauerhaft in subventionierte Beschäftigung gelassen würden, ohne dass neue Perspektiven auch nur in Betracht gezogen würden. Strebl erteilte damit einem Antrag der Fraktion Die Linken eine Absage, die gefordert hatte, „die Schutzfunktion der Arbeitslosenversicherung zu stärken“ sowie ein „Programm für gute öffentlich geförderte Beschäftigung“ aufzulegen.

Matthäus Strebl verwies darauf, dass der Anteil der öffentlich geförderten Beschäftigung im August 2012 noch bei etwa 129.000 gelegen habe und bis August 2015 auf ca. 98.000 zurückgegangen sei. Dies sei u.a. auf geringere Arbeitslosenzahlen zurückzuführen. So hatte Zahl der Arbeitslosen im Januar 2015 noch bei 3,03 Millionen gelegen. Ein Jahr später seien es nur noch 2,92 Millionen gewesen. Strebl hob das „Gesetz zur Stärkung der beruflichen Weiterbildung und des Versicherungsschutzes in der Arbeitslosenversicherung“ hervor, mit dem die Große Koalition die Instrumente der beruflichen Bildung weiter stärken wird.

Dazu gehören umschulungsbegleitende Maßnahmen, die Förderung von Grundkompetenzen in den Bereichen Lesen, Schreiben und Mathematik, Weiterbildungsprämien sowie die Weiterbildungsförderung in kleinen und mittleren Betrieben.

Berlin, 24.02.2016/vk

Matthäus Strebl, MdB

Berliner Büro:

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-74908

Email : matthaeus.strebl@bundestag.de

www.m-strebl-mdb.de



Strebl plädierte dafür, trotz aller bisherigen Erfolge weiterhin für Langzeitarbeitslose und nunmehr auch für Flüchtlinge geeignete Programme zu entwickeln und anzubieten.

Er meinte: „Uns allen ist bewusst, dass sich durch den großen Zuzug von Flüchtlingen die Zahl der SGB II-Leistungsbezieher erheblich erhöhen wird. Hier müssen wir die verschiedensten Instrumente für Menschen mit einer Bleibeperspektive anbieten. Arbeitsgelegenheiten können für sie ein erster Einstieg sein. Gleichwohl sollten andere Möglichkeiten wie Sprachkurse, Anerkennung von Zeugnissen und Praktika nicht vernachlässigt werden. Ein Arbeitsplatz ist und bleibt der Schlüssel für eine erfolgreiche Integration“, zeigte sich der Dingolfinger Abgeordnete überzeugt.